

Nr. 19/1061

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

1. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 29. Mai 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)
(Drucksache [19/1692](#))

Nr. 19/1062

Informationen über Schwangerschaftsabbruch enttabuisieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1615](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/1063

Information über Schwangerschaftsabbrüche gesetzlich verankern! – Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2018
(Drucksache [19/1718](#))
1. Lesung

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/1064

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:

„Klimaziele in Bremen und Deutschland durch Ausbau von Offshore erreichen – Ausstiegsdatum aus Kohlekraft jetzt vereinbaren!“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Bremer Häfen brauchen die Weser - keine Alleingänge von Umweltsenator Lohse bei der Ausweisung von Schutzgebieten!"

Nr. 19/1065

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1066

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1794](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen Kenntnis.

Nr. 19/1067

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 28. August 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes
Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts vom 27. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1720](#) vom 19. Juni 2018)
(Drucksache [19/1793](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
2. Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2017
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/1741](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. 5. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 3. Juli 2018
(Drucksache [19/1742](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.
4. Bericht des Senats gemäß § 12 Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG)
Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018
(Drucksache [19/1755](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

5. Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/1762](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
6. Das parlamentarische Kontrollrecht der Akteneinsicht stärken – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 5. Juni 2018
(Drucksache [19/1703](#))

Der Antrag ist durch die Annahme der Drucksache [19/1766](#) erledigt.
7. Das parlamentarische Kontrollrecht der Akteneinsicht stärken – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des nicht ständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 9. August 2018
(Drucksache [19/1766](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
8. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 30 vom 17. August 2018
(Drucksache [19/1775](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
9. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Julia Stephan

anstelle der Deputierten Dr. Anna Kroh zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.
10. Gesetz zur Änderung des § 5 des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1777](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
11. Homophobie entschieden entgegnetreten: Pseudowissenschaftliche Konversionstherapien endlich verbieten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 28. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1789](#) vom 22. August 2018)
(Drucksache [19/1800](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative für ein Verbot von Konversionstherapien zu starten.

Nr. 19/1068

Schwangerschaftsabbruch – wie ist die aktuelle Situation in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. April 2018
(Drucksache [19/1620](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2018

(Drucksache [19/1671](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1069

Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes – Schwangeren Frauen in einer Konfliktsituation verlässliche Informationen zur Verfügung stellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2018
(Drucksache [19/1722](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 19/1070

Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes – Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1726](#) vom 19. Juni 2018)
(Drucksache [19/1774](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/1071

Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 22. August 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1715](#) vom 12. Juni 2018)
(Drucksache [19/1791](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Entschließungsantrag der Länder Thüringen, Berlin und Brandenburg für ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt im Bundesrat zu unterstützen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die Ausländerbehörden in Bremen und Bremerhaven von Beginn an über Ermittlungen in Fällen rechter und rassistisch motivierter Gewaltstraftaten

informiert werden und sie von den bestehenden Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen für die Opfer auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes vollumfänglich Gebrauch machen.

Nr. 19/1072

Gehaltsniveau A 13 für Grundschullehrkräfte einführen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2018
(Drucksache [19/1729](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1797](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, das die Kosten einer Höhergruppierung von verbeamteten und angestellten Grundschullehrkräften, einen Vorschlag für die Einpassung in das Besoldungssystem, die Finanzierung sowie die notwendigen Umsetzungsschritte beinhaltet.

Nr. 19/1073

Einrichtung einer Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2018
(Drucksache [19/1577](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 19. Juni 2018
(Drucksache [19/1723](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept und einen Zeit-Maßnahmenplan zur Einrichtung einer Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche zu erstellen. Dieses Angebot muss zusätzlich zu den bestehenden Beratungsstellen gedacht und finanziert sein. Bei der Ausarbeitung des Konzepts für diese Interventionsstelle soll insbesondere auf die Erfahrungen staatlicher Akteure, wie Polizei, Sozialdienst Junge Menschen, Kita, Schulen, Erziehungsberatungsstellen als auch auf nicht staatlicher Akteure, Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte sowie in dem Themenfeld bestehender Beratungsstellen gesetzt werden. Sinnvolle Vernetzungsmöglichkeiten und eine bedarfsorientierte Niedrigschwelligkeit sollen dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Ergebnisse der aktuellen IPOS-Studie;
2. das Konzept binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Eckpunkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1580](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich in den gegenwärtigen Beratungen der Bundesländer über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland an folgenden Eckpunkten zu orientieren:

1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt mit seinem Auftrag, unabhängig und zuverlässig zu informieren, für die demokratische Kultur des Landes weiterhin unverzichtbar und leistet damit einen Beitrag zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung und trägt mit seiner regionalen Verankerung bedeutend zur Integration der Gesellschaft bei.
2. Damit die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weiter sparsam wirtschaften können, sind insbesondere in den programmfernen Bereichen, wie IT-Verwaltung, Beschaffungswesen und Infrastruktur verstärkt Kooperationen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einzugehen. Dafür müssen kartellrechtliche Grundlagen geschaffen werden. Die für den 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag gefundene Betrauungsnorm zielt in die richtige Richtung.
3. Unabhängig von der Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sparsam zu wirtschaften und Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen, muss die Finanzierung grundsätzlich dem Auftrag folgen, nicht umgekehrt. Ein prinzipielles Einfrieren des Rundfunkbeitrags – in der jetzigen Höhe, ohne Berücksichtigung der Teuerungsrate und unabhängig vom Auftrag – ist daher abzulehnen. Wie weit dieser Auftrag ausgelegt wird und ob hiervon auch der Erwerb teurer Sportrechte unter besonderen Umständen gedeckt sein kann, ist im Gesamtzusammenhang der jeweiligen Sportrechtevergabe Verhandlungen kritisch und für die Öffentlichkeit transparent zu prüfen.
4. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen transparent mit den Rundfunkbeiträgen umgehen. In der Gesetzgebung, zum Beispiel im Radio Bremen Gesetz und im ZDF-Staatsvertrag, bestehen schon einige entsprechende Vorgaben für die Veröffentlichung von kommerziellen Betätigungen der Rundfunkanstalten, ihrem Verhältnis zu Tochterfirmen, ihren Unternehmensbeteiligungen und den Gehältern von Intendantinnen, Intendanten sowie Direktorinnen und Direktoren. Solche Fortschritte sind weiter zu fördern und alle Bestrebungen, die Transparenz zu verbessern, zu unterstützen.
5. Die föderale Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist von großem Nutzen für die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Deutschlands. Die föderale Struktur ermöglicht eine regionale Berichterstattung und damit eine dezentrale öffentliche Information und Meinungsbildung. Und sie ermöglicht zudem die Förderung von Regionalsprachen wie dem Niederdeutschen, wie sie in der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen vorgeschrieben ist. Die föderale Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in Zeiten zunehmender Vereinzelung und politischer Polarisierung ein wichtiger Faktor des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
6. Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es auch, die Perspektive von Menschen mit Beeinträchtigungen abzubilden.
7. Der veraltete Telemedienauftrag für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist zu verbessern und zeitgemäß zu gestalten. Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag auch im digitalen Zeitalter weiter erfüllen kann, muss sein Auftrag auch die Verbreitung von Information,

Bildung und Unterhaltung im Netz mit den dort üblichen Darstellungsmitteln umfassen. Aktuelle Stichpunkte sind hierbei die Verweildauer von Sendungen in den Mediatheken und die rechtliche Bewertung presseähnlicher Angebote. Zur Nutzung von Telemedien gehört auch der Auftrag an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die heutigen Kommunikationswege im Netz verstärkt für einen umfassenden Dialog mit seinem Publikum zu nutzen. Dies schafft Vertrauen und Transparenz.

8. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte eine eigene, gemeinsame, offene und nicht kommerzielle Plattform entwickeln können. Dabei sind „offene Standards“ einzuhalten. Ebenfalls sollten Texte und geeignete Software, wie zum Beispiel die Aussprachedatenbank der ARD, unter einer Creative-Commons-Lizenz für eine nicht kommerzielle Nutzung veröffentlicht werden. Die Archive des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – als elektronisches Gedächtnis der Gesellschaft – sollten im Rahmen der technischen und der rechtlichen Möglichkeit nach und nach der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zudem sollten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Verbreitung ihrer Inhalte auf Plattformen Dritter weiter nutzen.
9. Es ist sinnvoll, wenn die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und der Programmautonomie weitere Kooperationen mit Einrichtungen aus den Bereichen Bildung und Kultur aufbauen, um vorhandene Informationen und vorhandenes Wissen zu ordnen und für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar zu machen.
10. Um die Medienkompetenz zu fördern, sind auch weitere Kooperationen mit Schulen und Bildungseinrichtungen zu suchen.

Nr. 19/1075

Öffentlichen Rundfunk fokussieren – Rundfunkbeiträge langfristig senken!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. Juni 2018
(Drucksache [19/1719](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1076

Zweiundzwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 22. RÄStV)

Mitteilung des Senats vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1781](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1077

Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1240](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1078

Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 14. März 2018
(Drucksache [19/1590](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.